

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.11.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Linke: Gaspipelines weiter nutzen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.11.2022</i> .....	3
2   <b>Schwimmende LNG-Terminals werden deutlich teurer</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.11.2022</i> .....	4
3   <b>Endlager-Begleitgremium ist entrüstet</b> <i>nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland), 22.11.2022</i> .....	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 22.11.2022 | S. 22

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Verena Schmitt

## Linke: Gaspipelines weiter nutzen

Linken-Fraktionschefin Amira Mohamed Ali fordert den weiteren Import von Erdgas über Pipelines aus Russland. Deutschland kaufe Ländern wie Pakistan Flüssiggas „vor der Nase weg“, obwohl diese dringend darauf angewiesen seien, kritisierte Mohamed Ali am Montag in Berlin. „Es wäre sinnvoller, das Gas aus Pipelines zu beziehen. Die Pipelines aus Russland, die noch

da sind, sollten dafür genutzt werden.“

Russland hatte Ende August die Lieferungen gestoppt. Die Pipelines der Nord-Stream-Trasse sind inzwischen durch Sabotageakte unterbrochen. Nach Angaben der Bundesnetzagentur wird derzeit auch über andere Leitungen kein Gas mehr aus Russland importiert.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 22.11.2022 | S. 22

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 André Stahl

## Schwimmende LNG-Terminals werden deutlich teurer

Die Anschaffung und der Unterhalt schwimmender Flüssigerdgas-Terminals kosten Deutschland mindestens dreieinhalb Milliarden Euro mehr als bislang geplant. Der Gesamtbedarf hat sich 2022 auf rund 6,56 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln erhöht, wie das Bundeswirtschaftsministerium am Montag in Berlin bestätigte. Hinzu kämen weitere Haushaltsmittel im Jahr 2023.

„Diese Erhöhung war in einer zweiten Phase aufgrund der sich dynamisch entwickelnden Situation notwendig“, hieß es. „Mittlerweile konnten in umfangreichen Abstimmungen mit zahlreichen Akteuren weitere Kosten bestimmt und zunächst prognostizierte Kosten konkretisiert werden.“ Die Mehrkosten dienen „direkt der Finanzierung von Vorhaben, die essenziell für die deutsche Energiesicherheit für die kommenden Winter sind“. Zuvor hatte der „Spiegel“ darüber berichtet.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte in Berlin zu der Kostensteigerung, es seien mehr Projekte geworden. Außerdem habe man Teile der Infrastrukturen mit einbezogen. Diesen höheren Kosten stünden zum Teil auch Entgelte als Einnahmen gegenüber.

Deutschland setzt beim Ersatz russischen Pipeline-Gases unter anderem auf per Schiff geliefertes Flüssigerdgas und baut für den Import mehrere Terminals. Aktuell verfügt Deutschland über keine eigenen Anlandeterminals, die ersten sollen demnächst in Be-

trieb gehen. Habeck hatte von einem „zentralen Baustein für die Sicherung unserer Energieversorgung im kommenden Winter“ gesprochen. Politik und Planer wollen, dass möglichst bald Erdgas-Importe per Schiff über die Nord- und Ostseeküste anlaufen können.

Der Haushaltsausschuss im Bundestag hatte den Angaben zufolge zusätzliches Geld für die schwimmenden Terminals bewilligt. Im Haushalt für 2022 waren demnach zunächst 2,94 Milliarden Euro vorgesehen. Das betreffe etwa Betriebskosten und Kosten für zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen an Land. Darüber hinaus sind nach Ministeriumsangaben rund 738 Millionen Euro für die Beteiligung der staatlichen Förderbank KfW am stationären Terminal in Brunsbüttel eingeplant. Aus Unterlagen des Haushaltsausschusses geht laut „Spiegel“ außerdem hervor, dass zwei der Terminals für 15 Jahre gechartert werden mussten statt für zehn Jahre.

Der Linken-Haushaltspolitiker Victor Perli sagte dem „Spiegel“, die Ampelkoalition habe sich mit der alternativen Nutzung von LNG-Gas erpressbar gemacht und müsse jetzt Milliarden draufzahlen. Der Grünen-Haushaltspolitiker Sven Christian Kindler sagte: „Kurzfristig ist die Gasversorgung zu sichern, aber wir müssen aufpassen, dabei keine fossilen Überkapazitäten für die Zukunft zu schaffen. Wir brauchen im Haushaltsausschuss mehr Klarheit über die Kosten und Risiken der LNG-Projekte.“

## Endlager-Begleitgremium ist entrüstet

### Die Mitglieder erfuhren erst aus der Presse über Zeitverschiebung bei der Suche nach Lagerstätte für den Atommüll

*Kürzlich war bekannt geworden, dass der Standort für das Endlager für Atommüll wohl erst frühestens zur Mitte dieses Jahrhunderts feststehen wird. Die Verzögerung wirft viele Fragen auf, auch beim Gremium, das den Prozess begleiten soll.*

Wissenschaftsbasiert, fair und transparent soll die Suche nach einem Endlager für den hoch radioaktiven Atommüll ablaufen, die Öffentlichkeit soll frühzeitig am Verfahren beteiligt werden – so schreibt es das Standortauswahlgesetz von 2017 fest. Zumindest gegen einige dieser Kriterien wurde nun verstoßen. Denn das Nationale Begleitgremium (NBG), das den Prozess vermittelnd begleiten soll, hat nach eigenem Bekunden erst aus der Presse erfahren, dass sich die Suche wohl um Jahrzehnte verzögern wird.

Trotz regelmäßiger Gespräche mit allen beteiligten Institutionen sei man in den Informationsfluss rund um die Verlängerung der Endlagersuche um mehrere Dekaden nicht eingebunden gewesen, beklagte sich das NBG. Dementsprechend groß sei die Entrüstung unter den Mitgliedern, stehe das Gremium doch für Transparenz und die Schaffung von Vertrauen in das Verfahren.

Durch Medienveröffentlichungen war kürzlich bekannt geworden, dass der Standort für das Endlager wohl frühestens zur Mitte dieses Jahrhunderts feststehen wird. Dagegen steht im Gesetz, dass die Festlegung des Standortes für das Jahr 2031 angestrebt wird. Noch im vorigen Dezember hatte die mit der Suche beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) erklärt, dass sich an dieser Vorgabe nichts ändere. Am 10. November räumte die bundeseigene Gesellschaft dann erstmals ein, dass dieser Termin nicht zu halten ist. Die Auswertung geologischer Daten und auch die Entwicklung der nötigen Methoden verlangten mehr Zeit.

Die »Süddeutsche Zeitung« hatte zudem unter Berufung auf interne Unterlagen der BGE über zwei zeitliche Szenarien für die Auswahl eines Standortes berichtet. Im schnelleren Szenario könne bis 2046 feststehen, an welchem Ort der Atommüll gelagert werden soll.

Der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU), der seit März 2020 im 18-köpfigen NBG sitzt, brachte die Kritik des Gremiums am Montag auf den Punkt: »Die Art und Weise, wie wir und die Öffentlichkeit von dieser Verzögerung erfahren haben, ist ein großes Problem«, sagte er. »Wie kann es sein, dass wir in einem ständigen Austausch mit der BGE und den anderen Akteuren stehen, aber solch eine wichtige Zeitverschiebung erst aus der Presse erfahren? Das ist ein Vertrauensbruch – das muss man ganz klar sagen und auch Tacheles reden.«

»Diese Zeitplanänderung war ein Paukenschlag«, so auch die Ko-Vorsitzende des Begleitgremiums, Miranda Schreurs. Sie werfe auch Fragen auf über die zukünftige Rolle des Gremiums und bestärke die Notwendigkeit der beiden Prinzipien des Standortauswahlgesetzes, nämlich Partizipation und Transparenz.

Die Auswirkungen der Verzögerung auf das Suchverfahren sind nach Ansicht des NBG erheblich. Sie reichen von der Konzeption der Öffentlichkeitsbeteiligung über finanzielle Aspekte bis zum Problem mit den Zwischenlagern. Gemeinden mit Zwischenlagern fragten sich, wie lange die Castoren wohl nun bei ihnen gelagert würden. Junge Menschen stellten sich die Frage, ob die finanziellen Mittel ausreichen, um diesen verlängerten Suchprozess und die Endlagerung zu bezahlen.

Dass die Verschiebung der Standortfindung um Jahrzehnte eine verlängerte Zwischenlagerung der radioaktiven Abfälle zur Folge hat, merkt auch die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg an. »Das wirft erhebliche Sicherheitsbedenken auf«, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke dem »nd«. Die Castor-Behälter, in denen der Atommüll aufbewahrt wird, und die Zwischenlager seien jeweils für 40 Jahre ausgelegt und genehmigt worden. Die zentralen Lagerstätten in

Gorleben sowie im westfälischen Ahaus verfügten nur bis 2034 beziehungsweise 2036 über Betriebsgenehmigungen. »Wir sind«, so Ehmke, »höchst beunruhigt.«

In den 70er Jahren hatten die politischen Entscheidungsträger das niedersächsische Bergwerk Gorleben

ohne Mitbestimmung der Bevölkerung als Endlagerstandort festgelegt und damit große Proteste ausgelöst. Die vor wenigen Jahren neu aufgelegte Suche soll nun nicht nur geowissenschaftliche Daten berücksichtigen, sondern eben auch transparent und fair ablaufen.